

Schweizer Erdogan-Rocker kämpfen gegen Kurden-Gang

Türken- und Kurdenbanden geraten aneinander – Bund warnt vor grossem Konfliktpotenzial



Rasant wachsende Rockergang: Osmanen Germania aus Frankfurt
Foto: Imago Stock

Fabian Eberhard

Bern Die Krise in der Türkei führt auch in der Schweiz zu Streitereien zwischen Türken und Kurden. Jetzt drohen sich die Spannungen in Gewalttaten zweier rivalisierender Gangs aus dem Rockermilieu zu entladen.

Auf der einen Seite: die Osmanen Germania. Sie sind die am schnellsten wachsende Rockergruppierung Europas, ihre Anhänger treue Fans des türkischen Staatschefs Recep Tayyip Erdogan. Nationalistische Türken mit direkten Verbindungen in den Machtapparat von Ankara.

Ihre Gegner: die Strassengang Bahoz, kurdisch für Sturm. Sie sieht sich als antifaschistische Kampftruppe und droht den Schweizer Osmanen auf Facebook:

«Wir erwischen euch alle, jeden Einzelnen von euch!»

Das Bundesamt für Polizei (Fedpol) registrierte in den letzten Monaten erste Auseinandersetzungen und warnt vor einem «ernst zu nehmendem Konfliktpotenzial».

Handgranaten-Anschlag auf kurdische Shisha-Bar

Die Anhängerschaft der Gruppen wächst schnell. Die Zürcher Ableger haben auf Facebook jeweils mehrere Tausend Fans, die Osmanen sind mittlerweile in den Städten Zürich, Basel, St. Gallen und Schaffhausen aktiv. Gesamthaft dürften sowohl die Erdogan-Rocker als auch die kurdischen Bahoz mehrere Hundert Schweizer Anhänger haben.

Grössere Konfrontationen bleiben hierzulande bisher aus. In

Deutschland ist die Feindschaft bereits eskaliert. Aufmärsche, Schlägereien und Schusswechsel – fast an jedem Wochenende machen die Rockerbanden Krawall.

Vor wenigen Tagen haben die Behörden reagiert. 1500 Polizisten stürmten in ganz Deutschland Wohnungen und Häuser von Anhängern der Osmanen. Sie beschlagnahmten Waffen, Munition und Drogen. Sieben führende Mitglieder wurden verhaftet. Die Fahnder werfen mehreren von ihnen versuchten Mord vor. Grund ist ein Vorfall vom vergangenen August. Damals verübten Osmanen-Anhänger einen Handgranatenanschlag auf eine Shisha-Bar, in der die kurdischen Bahoz verkehrten.

Nach den Verhaftungen lobten deutsche Politiker das harte Vor-

gehen gegen die Osmanen. Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) nannte die Grossrazzia «einen sorgfältig geplanten Schlag gegen die organisierte Kriminalität». Die Sicherheitsbehörden gehen davon aus, dass die Türken-Rocker Teile des Drogen- und Prostitutionsmilieus beherrschen.

Mögliche Verbindungen zum türkischen Geheimdienst

Aufhorchen liess ein weiterer Grund für die Razzia. Ein Beamter sagte gegenüber der Zeitung «Bild»: «Es besteht die Gefahr, dass Waffen zum Nachteil von kurdischen Gegnern eingesetzt werden.» Konkret: Die Ermittler befürchten weitere Anschläge.

Die Polizei vermutet, dass die Osmanen enge Kontakte zum türkischen Geheimdienst pflegen. Be-

legt ist das nicht. Klar ist hingegen: Die Rocker haben Verbindungen in die türkische Regierungspartei AKP. Fotos zeigen die Führungsspitze der Osmanen bei einem Treffen mit Metin Külünk, einem Abgeordneten der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung.

Das Fedpol beobachtet die Rockerszene mit Sorge. Sprecherin Anne-Florence Débois sagt: «Uns sind mehrere Vorfälle in der Schweiz bekannt, in die beide Gruppen verwickelt waren.» Dabei handle es sich vor allem um Gewaltdelikte und Sachbeschädigungen.

Auf Facebook bedrohen sich die Rocker seit längerem gegenseitig. Die Kurden nennen die Osmanen «faschistische Welpengruppe» und schreiben: «Wir machen euch dem Erdboden gleich.»

Schwerstbehinderte Kinder als Opfer der Sparpolitik

Wie der Gewerbeverband erfolgreich gegen mehr Unterstützung von Familien mit stark behinderten Kindern lobbyierte

Bern Die Sache schien geritzt: Die mehreren Hundert Schweizer Familien, die ihr schwerstbehindertes Kind rund um die Uhr zu Hause pflegen, sollen vom Bund künftig besser unterstützt werden. Das würde den Staat 26,5 Millionen Franken kosten – bei einem Haushaltsüberschuss von 2,2 Milliarden Franken.

Doch die Initianten um den einstigen SVP-Nationalrat Rudolf Joder haben die Rechnung ohne den Schweizerischen Gewerbeverband (SGV) gemacht. Dank eines

straffen Lobbyings der mächtigen KMU-Vertreter ist die nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit eingebrochen: Die Mehrheit favorisierte am 4. November in Anwesenheit von SP-Sozialminister Alain Berset nun plötzlich den gekürzten Vorschlag der Regierung. Der sogenannte Intensivpflegezuschlag soll dabei zwar erhöht werden. Das würde mit 20 Millionen Franken zu Buche schlagen. Von den zusätzlichen 6,5 Millionen Franken hingegen, die den Eltern von

schwerstbehinderten und schwerstkranken Kindern für zusätzliche Haushaltshilfen, aber auch für die eigene berufliche Entwicklung zustehen sollten, wollen die Parlamentarier auf einmal nichts mehr wissen. Mit 13 zu 9 Stimmen bodigten die bürgerlichen Nationalräte das Ansinnen.

CVP-Vertreter enthielten sich mehrheitlich der Stimme

Der Kommissionsentscheid ist ein Teilerfolg für den SGV und seinen Direktor, FDP-Nationalrat Hans-

Ulrich Bigler. Im Rundscheiben an die Kommissionsmitglieder sprach sich der Verband sogar gegen jegliche Verbesserung für betroffene Familien aus. Es gelte angesichts der «prekären Finanzlage» der Invalidenversicherung, jede Mehrausgabe zu verhindern. Die vorgeschlagenen Massnahmen könnten «nach Ansicht des SGV nur dann in Betracht gezogen werden, wenn es gelingt, Einsparungen in mindestens gleicher Höhe zu tätigen».

Das Manöver wirft ein Schlaglicht auf gewisse SVP-Politiker, die

in der Scheininvaliden-Debatte jeweils geflissentlich die «tatsächlich Betroffenen» ausnehmen, im konkreten Fall aber auch jenen gegenüber Härte zeigen. Bemerkenswert ist auch die Familienpartei CVP, deren Vertreter sich grossteils ihrer Stimme enthalten haben.

Nun kommt das Geschäft in der Wintersession in den Nationalrat. Die Zürcher CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer wird den Minderheitsantrag vertreten und will mithelfen, ihre Fraktion zu überzeugen. Inclusion Handicap,

der Dachverband der Behindertenorganisationen, plant eine Lobby-Offensive. Mit den Christlichdemokraten und Teilen der Rechten könnte die Linke verhindern, dass der Nationalrat die abgespeckte Version des Bundesrats wählt.

Scheitert das Szenario, «spart der Bund lächerliche 6,5 Millionen Franken auf dem Buckel derjenigen Familien, die es am nötigsten haben», sagt Christian Vonarburg, Geschäftsführer der Stiftung Kind und Familie (KiFa) Schweiz.

Reza Rafi